

Das Wahljahr 2015

Filzmaier, Peter; Perlot, Flooh; Zandonella, Martina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Filzmaier, P., Perlot, F., & Zandonella, M. (2016). Das Wahljahr 2015. *SWS-Rundschau*, 56(2), 153-179. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61016-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Das Wahljahr 2015

Peter Filzmaier/Flooh Perlot/Martina Zandonella (Wien)

Peter Filzmaier/Flooh Perlot/Martina Zandonella: *Das Wahljahr 2015* (S. 153–179)

2015 wählten das Burgenland, die Steiermark, Oberösterreich und Wien neue Landtage. Über die regionalen Besonderheiten hinweg lassen sich allgemeine Trends finden: So verloren vor allem SPÖ und ÖVP in unterschiedlichem Ausmaß Stimmen, während insbesondere die FPÖ zulegte und in allen vier Bundesländern ihr bestes Ergebnis in der Zweiten Republik erreichte. Thematisch waren vor allem die Wahlen in Oberösterreich und Wien vom Flüchtlingsthema bestimmt, die Wahl in der Steiermark wurde zudem zu einer Entscheidung über die so genannte Reformpartnerschaft im Bundesland stilisiert. Der Artikel zeichnet eine kurze Chronik des Wahljahres, stellt die wesentlichen Befunde der Wahlforschung dar und versucht diese in einen längerfristigen Kontext einzuordnen.

Schlagworte: Landtagswahlen 2015, Wahlanalysen, Wahlverhalten, Wahlmotive, Wählerstromanalyse

Peter Filzmaier/Flooh Perlot/Martina Zandonella: *The Election Year 2015* (pp. 153–179)

In 2015, state parliaments were elected in Burgenland, Styria, Upper Austria, and Vienna. Aside from regional considerations and ramifications, some general trends could be found. Primarily, the Social Democratic Party and the People's Party lost votes across all four states, whereas the Freedom Party reached their best results since the end of World War II. The elections, in early summer, were mostly characterized by internal and regional policies, the Styrian election, for example, was declared as a decision on the so called *reform partnership*. In autumn, the elections in Upper Austria and Vienna stood in a completely different light, as the ongoing arrival of refugees reached its peak. This article gives a chronicle overview of the election year 2015, includes substantial results of election research and focuses on integrating them into a longer-term context.

Keywords: state elections 2015, election analysis, voting behaviour, voter motives, voter transition analysis

1. Einleitung

Das Wahljahr 2015 lässt sich in zwei Phasen einteilen: Am 31. Mai wählten das Burgenland (plangemäß) und die Steiermark (um einige Monate vorgezogen) neue Landtage. Bereits im März hatten die Gemeinderatswahlen in der Steiermark stattgefunden, die vor allem aufgrund der mit Jahresbeginn vollzogenen Gemeindefusionen mit großer Aufmerksamkeit beobachtet wurden. Ende September bzw. Anfang Oktober folgte die zweite Phase mit den Landtagswahlen in Oberösterreich (wo zeitgleich ebenfalls Gemeinderäte und BürgermeisterInnen neu gewählt wurden) und den Gemeinderatswahlen in Wien. Prägend für diese Wahlen war, neben regionalen Themen, das sich über den Sommer und im Herbst schnell entwickelnde Flüchtlingsthema.

Die Ausgangslage wies einige Besonderheiten auf: Im Burgenland war in der vorangegangenen Legislaturperiode das Proporz-System abgeschafft worden. Damit hatten nicht mehr alle Parteien ab einer bestimmten Stimmenanzahl automatisch Anspruch auf einen Sitz in der Landesregierung. Mangels einer absehbaren absoluten Mehrheit für eine Partei war damit die Koalitionsfrage neben dem Wahlergebnis relevant.

In der Steiermark war mit Jahresbeginn die Gemeindestrukturreform vorerst abgeschlossen worden, die die Zahl der Gemeinden von 542 auf 287 reduziert hatte. Dieser Schritt war Teil eines Maßnahmenkatalogs der selbst ernannten Reformpartnerschaft aus SPÖ und ÖVP, die Wahl wurde auch als »Abstimmung« (Kleine Zeitung 2015, 31. 5. 2015) darüber angesehen. Auch hier war der Proporz abgeschafft worden, womit nach 2015 nur mehr Oberösterreich und Niederösterreich sowie in leichter Abwandlung Wien über ein solches System verfügen (in Kärnten wurde ein Ende des Proporz beschlossen, die Änderung wird plangemäß bei der nächsten Landtagswahl 2018 schlagend).

In Oberösterreich und Wien fehlten derartige strukturelle Neuerungen, eine noch rund um die Gemeinderatswahl 2010 diskutierte Änderung des Wiener Wahlrechts wurde nicht mehr umgesetzt. Für beide Bundesländer relevant war hingegen die übergeordnete thematische Lage: Die Ankunft einer großen Zahl von Flüchtlingen an Österreichs Grenzen drängte andere Politikfelder scheinbar in den Hintergrund und wurde zum bestimmenden Rahmen, in dem sich die kandidierenden Parteien und insbesondere ÖVP und SPÖ als jeweils stimmenstärkste Parteien – mit durchaus unterschiedlichen Standpunkten – zu positionieren versuchten. Stand in Oberösterreich eher eine abwehrende Haltung im Vordergrund (vgl. u. a. Kronen Zeitung 2015, 20. 9. 2015), betonte in Wien vor allem Bürgermeister Häupl (SPÖ) die Notwendigkeit der Aufnahme von Flüchtlingen (vgl. u. a. Der Standard 2015b, 2. 9. 2015).

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich der vorliegende Artikel mit folgenden Fragestellungen:

- Welche Auffälligkeiten bzw. soziodemographischen Unterschiede und Veränderungen zeigten sich im Wahlverhalten der Bevölkerung, sowohl zwischen den Wahlen 2015 als auch im Vergleich zu der jeweils vorangegangenen Landtagswahl? (Kap. 2 und 3)

- Welche Trends gab es in den WählerInnenwanderungen zwischen den Parteien? (Kap. 4)
- Was waren zentrale Wahlmotive und inwiefern liegen diese (un-) abhängig von den einzelnen Wahlgängen vor? (Kap. 5)
- Welche Rolle spielte das Flüchtlingsthema, das speziell im September 2015 verstärkt aufkam, für die Wahlentscheidung? (Kap. 6.1)
- Welche Rolle spielten die Maßnahmen der steirischen Reformpartnerschaft und konkret die Gemeindezusammenlegungen? (Kap. 6.2)

Zur Beantwortung der Fragen werden Daten von insgesamt vier telefonischen Befragungen herangezogen. Jeweils von Donnerstag (in Wien Mittwoch) vor der Wahl bis inklusive dem Wahlsonntag wurden mindestens $n = 1.200$ (in Wien 2.045) Wahlberechtigte befragt, Auftraggeber war der ORF. Die Ergebnisse wurden soziodemographisch (nach Geschlecht, Alter, Bildung und Erwerb) sowie nach den Hochrechnungen am Wahltag gewichtet, bilden daher die Wahlergebnisse gut ab.

2. Die Ergebnisse im Überblick

Insgesamt waren knapp 3,5 Millionen ÖsterreicherInnen bei den vier Landtagswahlen 2015 wahlberechtigt, rund 2,6 Millionen nahmen diese Möglichkeit auch wahr. Die Wahlbeteiligung ging im Burgenland (76 Prozent, minus 1,3 Prozentpunkte) und in der Steiermark (67,9 Prozent, minus 1,6) leicht zurück, in Oberösterreich (81,6 Prozent, plus 1,3) und in Wien (74,8 Prozent, plus 7,1) stieg sie hingegen an. Der deutliche Anstieg in Wien dürfte einerseits mit den Entwicklungen rund um das Flüchtlingsthema, andererseits aber vor allem mit dem im Wahlkampf stilisierten (angeblichen) Wettrennen zwischen SPÖ und FPÖ zu tun haben. Ein Indiz dafür sind die WählerInnenströme: Die SPÖ hat knapp, die FPÖ deutlich mehr ehemalige NichtwählerInnen für sich mobilisiert, als die Parteien an diese Gruppe verloren haben (siehe Kap. 4).

Über alle vier Wahlen hinweg lassen sich mehrere vergleichbare Trends finden (siehe Tab. 1, S. 156): Zum ersten, SPÖ und ÖVP verloren jeweils zwischen fünf und zehn Prozentpunkte. Das ist insofern bemerkenswert, da die Parteien nur im Burgenland und in der Steiermark de facto eine gemeinsame Regierung stellten, ihre Rollen sich darüber hinaus aber stark unterschieden. So war die SPÖ in Oberösterreich aufgrund des Proporz zwar Teil der Landesregierung, de facto aber kein Partner der dortigen schwarz-grünen Regierungszusammenarbeit und damit in der Opposition. In Wien regierte demgegenüber seit 2010 eine rot-grüne Koalition, hier war die ÖVP in der Oppositionsrolle.

Zum zweiten war die FPÖ bei allen vier Wahlen der zahlenmäßig größte Gewinner: Sie legte zwischen fünf und über 16 Prozentpunkte zu. Dabei übertraf die Partei in allen vier Bundesländern ihr bis dato bestes Ergebnis seit 1945, in der Steiermark und in Oberösterreich jeweils um knapp zehn Prozentpunkte. Zum dritten konnten die Grünen bei drei der vier Wahlen um rund ein bis zwei Prozentpunkte zulegen. Nur in Wien sank ihr Stimmenanteil um 0,8 Prozentpunkte.

Neben diesen Parteien traten die NEOS bei allen Wahlen an, schafften aber nur in Wien den Einzug in den Gemeinderat. Das Team Stronach, das nur in der Steiermark als eigenständige Partei kandidierte, scheiterte dort mit 1,7 Prozent klar. Im Burgenland hatte es mit der Liste Burgenland (LBL) von 2010 eine gemeinsame Plattform gebildet (BLB – Bündnis Liste Burgenland), der der Sprung in den Landtag knapp gelang. Die KPÖ zog erneut in den steirischen Landtag ein, alle weiteren kandidierenden Parteien, wie die Christliche Partei Österreichs (CPÖ, Oberösterreich und Burgenland), die Piratenpartei (nur Steiermark) oder der Zusammenschluss Wien Anders (aus KPÖ und weiteren Listen in Wien) konnten weder Mindestprozent- noch Grundmandatshürden überspringen.

Tabelle 1: Ergebnisse der Landtagswahlen 2015 (Anteile in Prozent)

	Burgenland		Steiermark		Oberösterreich		Wien	
	+/-		+/-		+/-		+/-	
SPÖ	41,9	-6,3	29,3	-9,0	18,4	-6,6	39,6	-4,8
ÖVP	29,1	-5,5	28,5	-8,7	36,4	-10,4	9,2	-4,8
FPÖ	15,0	6,1	26,8	16,1	30,4	15,1	30,8	5,0
Grüne	6,4	2,3	6,7	1,1	10,3	1,1	11,8	-0,8
NEOS	2,3	n. a.	2,6	n. a.	3,5	n. a.	6,2	n. a.
KPÖ			4,2	-0,2	0,8	0,2		
Team Stronach*			1,7	n. a.				
BLB*	4,8	0,8						
Sonstige**	0,4		0,2		0,4		2,4	

Anmerkungen: Angaben in Prozent bzw. Prozentpunkten im Vergleich zur jeweiligen Landtagswahl 2010/2009 (Oberösterreich). Abweichungen von 100 = Rundungsfehler. n. a. = nicht angetreten.

* Team Stronach im Burgenland gemeinsam mit der Liste Burgenland als BLB angetreten.

** CPÖ (Christliche Partei Österreichs) im Burgenland und in Oberösterreich, die Piratenpartei in der Steiermark, WWW (Wir wollen Wahlfreiheit), ANDAS (Wien Anders), GFW (Gemeinsam für Wien), SLP (Sozialistische Linkspartei), WIFF (Wir für Floridsdorf), M (Männerpartei) und FREIE (Freidemokraten) in Wien.

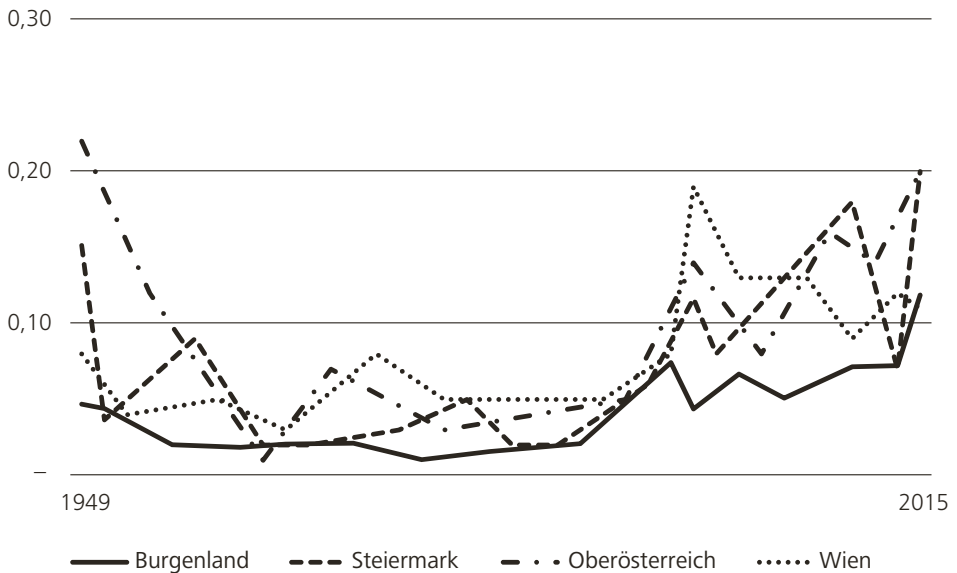
Quelle: Ämter der jeweiligen Landesregierungen.

Die großen Bewegungen am WählerInnenmarkt 2015 lassen sich durch den Pedersen-Index (siehe Abb. 1) verdeutlichen. Diese Maßzahl für Stimmverschiebungen zwischen den Parteien bei Wahlen berechnet sich als Summe der absoluten Partei-Gewinne und -Verluste dividiert durch zwei (alternativ können beispielsweise nur die Gewinne summiert werden). Sie kann zwar individuelle WählerInnenwanderungen zwischen Parteien nicht nachvollziehen (siehe dazu die Wählerstromanalysen in Kapitel 4), eignet sich aber als Indikator für die Dynamik von Wahlen. Je höher der Index ausfällt, desto mehr Stimmenanteile haben sich zwischen den antretenden Parteien verschoben.

2015 erreichte der Pedersen-Index im Burgenland, in der Steiermark und Oberösterreich seinen bisherigen Höchstwert in der Zweiten Republik (eine Ausnahme

stellen die Wahlen von 1949 dar, da es durch das damalige Antreten des VDU und das erneute Wahlrecht für gut eine halbe Million ehemaliger Nationalsozialisten in Österreich zu ebenfalls relativ großen Verschiebungen kam). Auch in Wien war der Index überdurchschnittlich hoch, wenngleich die dortigen Spitzenwerte aus den 1990er-Jahren nicht erreicht wurden.

Abbildung 1: Pedersen-Index 1949–2015



Pedersen-Index für alle Landtagswahlen in den vier Bundesländern seit 1949: Je höher der Index ausfällt, desto mehr Stimmenanteile haben sich zwischen den antretenden Parteien verschoben.

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse.

3. Wahlverhalten

Bei den jeweils vorangegangenen Landtagswahlen 2009/2010 ließen sich Abweichungen im Wahlverhalten unter anderem anhand des Geschlechts und des Alters zeigen (vgl. Filzmaier/ Perlot/ Zandonella 2011, 128–132). Diese Effekte sind 2015 erneut vorhanden, fallen aber teilweise spezifischer aus.

Grundsätzlich ist das geschlechterspezifische Wahlverhalten in der Vergangenheit immer wieder durch einen *gender gap*, also eine Kluft zwischen den Geschlechtern, beschrieben worden (für Vergleichszahlen zum Wahlverhalten generell siehe neben der oben genannten Quelle u. a. Filzmaier/ Perlot/ Zandonella 2014, 115–119, Kritzinger u. a. 2013, Plasser/ Seeber 2010, 287, Filzmaier u. a. 2009, 27–31, Filzmaier/ Perlot 2008, 399–401, Plasser u. a. 2007, 161–163). Vereinfacht ausgedrückt besteht er aus einer

stärkeren Unterstützung der Grünen und der SPÖ durch Frauen und der FPÖ durch Männer, wobei die Effekte in ihrer Stärke variieren. Die Befunde zur ÖVP waren am wenigsten eindeutig.

Das geschlechterspezifische Wahlverhalten im Burgenland, in der Steiermark und in Oberösterreich war 2015 vergleichsweise klar (vgl. Tab. 2): Frauen wählten überdurchschnittlich stark die SPÖ und die Grünen, wobei der Abstand zwischen den Geschlechtern bis zu 16 Prozentpunkte betrug. Die FPÖ wurde bei allen drei Wahlen mehrheitlich von Männern gewählt, der Unterschied im Wahlverhalten von Frauen und Männern war insbesondere in der Steiermark mit 21 Prozentpunkten massiv. Bei der ÖVP findet sich ein Frauenüberhang in der Steiermark und in Oberösterreich, im Burgenland war das Wahlverhalten ausgeglichen.

Bei der Gemeinderatswahl in Wien fehlten weitgehend Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Zwar erzielte die SPÖ mehr Zustimmung bei Wählerinnen, ÖVP, FPÖ und Grüne wurden aber von beiden Gruppen in ähnlichem Umfang unterstützt. Für die FPÖ ist dieses Ergebnis überraschend, schnitt die Partei doch bei allen Bundes- und Landtagswahlen seit 2010 mit Ausnahme von Kärnten 2013 bei Männern signifikant besser (mindestens $p < 0,05$) ab. In Wien war dies 2015 nicht der Fall.

Tabelle 2: Wahlverhalten nach Geschlecht 2015 (Anteile in Prozent)

		SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Burgenland	Männer	36	30	22	4
	Frauen	49	28	10	9
		+13	-2	-12	+5
Steiermark	Männer	21	26	38	5
	Frauen	37	31	17	9
		+16	+5	-21	+4
Oberösterreich	Männer	15	33	38	7
	Frauen	21	39	24	13
		+6	+6	-6	+6
Wien	Männer	37	10	32	11
	Frauen	42	9	30	12
		+5	-1	-2	+1

Anmerkungen: Die Auswertungen berücksichtigen nur jene Parteien, die bei allen Wahlen in den Landtag eingezogen und für die ausreichend Fälle ($n > 80$) vorhanden sind. Unterschiede zwischen Männern und Frauen in Prozentpunkten; $n = 1.207$ (Burgenland), $n = 1.202$ (Steiermark), $n = 1.234$ (Oberösterreich) und $n = 2.045$ (Wien).

Quelle: ISA/SORA (2015).

Das Wahlverhalten nach dem Alter lässt sich als *generation gap* zusammengefasst mit einer überdurchschnittlichen Unterstützung der SPÖ und der ÖVP durch ältere WählerInnen und einer stärkeren Tendenz jüngerer WählerInnen zu FPÖ und Grünen beschreiben. Die Landtagswahlen 2009/ 2010 hatten nach einer entsprechenden Analyse starke Effekte bei SPÖ, FPÖ und Grünen im beschriebenen Sinn gezeigt.

Für SPÖ und Grüne ergibt die Auswertung auch 2015 einen alle vier Wahlen umfassenden Trend (siehe Tab. 3): Der Stimmenanteil der SPÖ war jeweils bei den über 60-Jährigen am höchsten, jener der Grünen bei den unter 30-Jährigen. Die ÖVP wurde unterdurchschnittlich stark von jungen Personen gewählt, sie erzielte darüber hinaus teilweise ähnliche Stimmenanteile bei den 30–59-Jährigen und bei den WählerInnen über 60 bzw. konnte sie in Oberösterreich fast eine absolute Mehrheit bei der ältesten Gruppe erreichen.

Die Bilanz der FPÖ ist bei allen Wahlen unterschiedlich: Im Burgenland wurde sie von allen Altersgruppen in ähnlichem Umfang gewählt, in der Steiermark punktete sie bei den 30–59-Jährigen besonders stark. In Oberösterreich sank ihr Stimmenanteil mit dem Alter, in Wien stieg er an – dort wählten Personen über 60 Jahren die FPÖ um rund zehn Prozentpunkte häufiger als WählerInnen unter 30 Jahren. Dieser Ausreißer ist – anders als jener beim Geschlecht – jedoch nicht neu und war bereits bei der Gemeinderatswahl 2010 zu beobachten. Eine Erklärung dafür könnte in der Schwäche der ÖVP in Wien liegen: Während in anderen Bundesländern sich ältere WählerInnen überwiegend zwischen SPÖ und ÖVP entscheiden (2015 zu zwei Drittel bis über 80 Prozent), kommt in Wien diese Rolle als Alternative eher der FPÖ zu, zumal die Grünen für Personen über 60 Jahre kaum attraktiv sind.

Tabelle 3: Wahlverhalten nach Alter 2015 (Anteile in Prozent)

		SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Burgenland	16–29	36	17	16	23
	30–59	37	32	17	6
	60+	53	30	14	1
Steiermark	16–29	29	18	25	17
	30–59	23	31	33	5
	60+	38	31	22	3
Oberösterreich	16–29	11	27	39	14
	30–59	17	33	33	13
	60+	25	47	23	3
Wien	16–29	35	6	24	20
	30–59	39	9	32	12
	60+	45	14	35	4

Anmerkungen: Die Auswertungen berücksichtigen nur jene Parteien, die bei allen Wahlen in den Landtag eingezogen und für die ausreichend Fälle ($n > 80$) vorhanden sind; $n = 1.207$ (Burgenland), $n = 1.202$ (Steiermark), $n = 1.234$ (Oberösterreich) und $n = 2.045$ (Wien).

Quelle: ISA/SORA (2015).

Die Kombination von Geschlecht und Alter beschreibt den Überhang an Frauenstimmen bei SPÖ, ÖVP und Grünen 2015 genauer: SPÖ und ÖVP wurden vor allem von älteren Frauen gewählt, die Grünen erhielten auch in diesem Jahr viele Stimmen von Frauen unter 30 Jahren. Bei SPÖ und ÖVP ist dieser Trend jedoch nicht eindeutig, sondern hängt offenbar mit der Rolle der Partei im Bundesland zusammen – konkret damit, ob diese vor einer Wahl den Landeshauptmann gestellt hat oder nicht (siehe Tab. 4). War dies nicht der Fall, dann ist der Überhang an Stimmen älterer Frauen gering bzw. kaum nachweisbar.

Tabelle 4: Stimmenanteil der Landeshauptmann-Partei bei Frauen über 45 Jahren
(Anteile in Prozent)

	SPÖ	ÖVP
Burgenland	57	28
+/- gegenüber dem Gesamtergebnis	+15	-1
Steiermark	41	29
+/- gegenüber dem Gesamtergebnis	+12	+3
Oberösterreich	18	45
+/- gegenüber dem Gesamtergebnis	+4	+9
Wien	46	11
+/- gegenüber dem Gesamtergebnis	+7	+2

Anmerkungen: Markiert sind die Werte der jeweiligen Landeshauptmann-Partei.

Angaben in Prozent der Wählerinnen über 45 Jahren bzw. in Prozentpunkten;

n = 1.207 (Burgenland), n = 1.202 (Steiermark), n = 1.234 (Oberösterreich)

und n = 2.045 (Wien).

Quelle: ISA/SORA (2015).

Analysiert man das Ergebnis der FPÖ, dann findet sich in jedem Bundesland ein etwas anderes Bild: Im Burgenland war sie bei jungen Männern am stärksten, was bisherigen Erfahrungen und Daten entspricht. In der Steiermark schlug die Geschlechterkluft unabhängig vom Alter durch, die FPÖ erhielt ähnlich viele Stimmen von jungen wie von älteren WählerInnen. In Oberösterreich deklarierten sich wiederum ältere Männer überproportional stark für die FPÖ, in Wien waren sowohl ältere Wähler als auch Wählerinnen ihre stärksten UnterstützerInnen.

Demgegenüber stellt sich das Ergebnis der Grünen sehr viel einheitlicher dar: Bei allen vier Wahlen erhielten sie überdurchschnittlich viele Stimmen von jungen Frauen, die junge Männer als zweitstärkste Gruppe deutlich übertrafen. Unter beiden Geschlechtern nahm der Zuspruch zu den Grünen mit dem Alter ab.

Die bisher verwendeten Variablen Geschlecht und Alter sind nur zwei von mehreren möglichen Charakteristika, die zur Beschreibung des Wahlverhaltens herangezogen werden können. Ein weiterer Aspekt, der eine gute Differenzierung bei (Landtags-) Wahlen erlaubt, ist die formale Bildung. Zur leichteren Gegenüberstellung werden die möglichen Ausprägungen – Pflichtschule, Lehre, mittlere Schule, AHS/BHS und Universität/Fachhochschule – zu zwei Gruppen zusammengefasst: Personen mit

formal niedriger Bildung, definiert durch einen Bildungsabschluss unterhalb AHS-Matura-Niveau, und Personen mit mindestens AHS-Matura.

Die vier ausgewerteten Parteien lassen sich 2015 relativ eindeutig diesen beiden Gruppen zuordnen (siehe Tab. 5). SPÖ und FPÖ wurden überdurchschnittlich oft von Personen mit formal niedriger Bildung gewählt, wobei die Abstände teilweise sehr groß waren. Hätten nur diese WählerInnen ihre Stimme abgegeben, dann wäre die FPÖ etwa in der Steiermark oder in Oberösterreich mit 34 bzw. 38 Prozent auf den ersten Platz gekommen, in Wien wäre sie gleichauf mit der SPÖ gelegen.

Umgekehrt erhielten ÖVP und vor allem die Grünen mehr Stimmen von formal höher gebildeten Befragten. Die Grünen lagen bei allen Wahlen vor oder gleichauf mit der ansonsten deutlich stärkeren FPÖ. Die ÖVP erhielt im Burgenland und in der Steiermark von dieser Gruppe mehr Zuspruch als die erstplatzierte SPÖ.

Tabelle 5: Wahlverhalten nach formaler Bildung 2015 (Anteile in Prozent)

		SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Burgenland	Keine Matura	46	27	18	4
	Matura und höher	28	35	9	15
		-18	+8	-9	+11
Steiermark	Keine Matura	30	25	34	4
	Matura und höher	25	40	6	16
		-5	+15	-28	+12
Oberösterreich	Keine Matura	19	35	38	6
	Matura und höher	13	36	15	25
		-6	+1	-23	+19
Wien	Keine Matura	41	8	40	6
	Matura und höher	38	12	18	19
		-3	+4	-22	+13

Anmerkungen: Die Auswertungen berücksichtigen nur jene Parteien, die bei allen Wahlen in den Landtag eingezogen und für die ausreichend Fälle ($n > 80$) vorhanden sind. Unterschiede zwischen den beiden Gruppen in Prozentpunkten; $n = 1.207$ (Burgenland), $n = 1.202$ (Steiermark), $n = 1.234$ (Oberösterreich) und $n = 2.045$ (Wien).

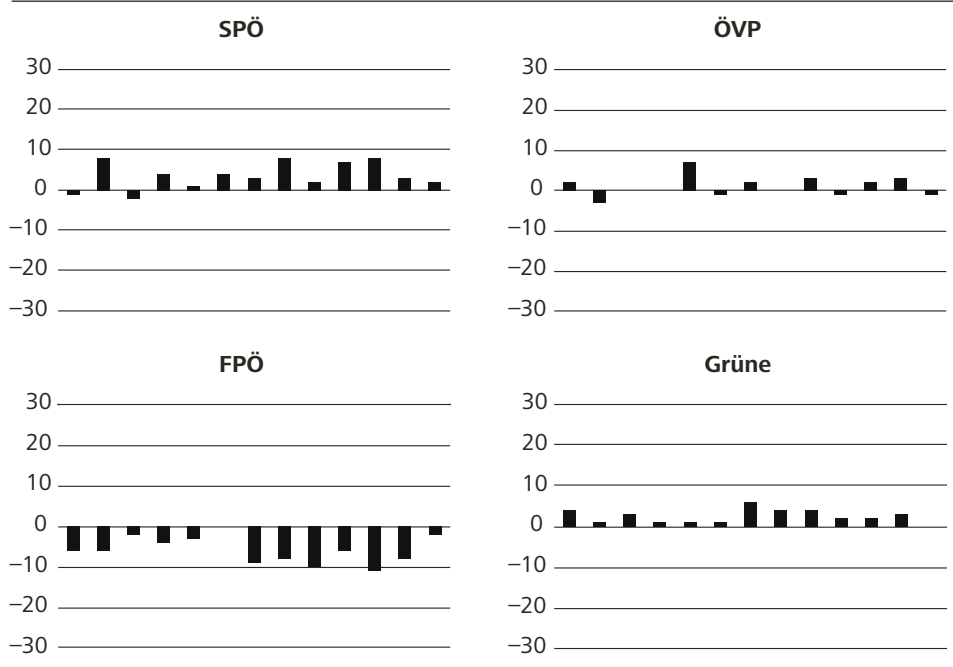
Quelle: ISA/SORA (2015).

Für diese drei Variablen – Geschlecht, Alter und formale Bildung – liegen Forschungsdaten zu allen Landtagswahlen seit 2009 vor, die einen deskriptiven Blick darauf erlauben, inwieweit die Ergebnisse von 2015 Trends oder Einzelfälle sind.

In der Unterscheidung zwischen Männern und Frauen zeigt sich bei der FPÖ das einheitlichste Bild (siehe Abb. 2, S. 162). Mit Ausnahme der schon angesprochenen Landtagswahl in Kärnten 2013 findet sich bei jeder Landtagswahl seit 2009 ein Überhang an Stimmen von Männern. Dieser variiert im Umfang und ist etwa in der Steiermark 2010, in Niederösterreich 2013 oder in Wien 2015 gering bzw. in Kärnten 2013 nicht nachzuweisen. Dennoch existieren keine Ausreißer in die andere Richtung, die einem männlich bestimmten Profil der Partei widersprechen würden.

Die Grünen stellen den Gegenpart dazu dar, mit einer Tendenz, eher Stimmen von Frauen zu bekommen. Allerdings fällt diese Abweichung in mehreren Fällen sehr gering aus und ist – anders als bei der FPÖ – nicht durchgehend signifikant. Bei der SPÖ ist dieser Trend ebenfalls augenscheinlich, er wird punktuell von ausgeglichenen Ergebnissen und nur sehr geringen Ausschlägen durchbrochen, insgesamt dominiert aber eine überproportionale Unterstützung durch Wählerinnen. Die Resultate der ÖVP bewegen sich am stärksten rund um die Nulllinie und zeigen ein relativ ausgeglichenes Wahlverhalten nach dem Geschlecht. Ausreißer wie in Niederösterreich 2013 sind die Ausnahme.

Abbildung 2: Wahlverhalten nach Geschlecht 2009–2015



Anmerkungen:

Die Wahlen in der Reihenfolge von links nach rechts: Oberösterreich 2009, Burgenland 2010, Steiermark 2010, Wien 2010, Niederösterreich 2013, Kärnten 2013, Tirol 2013, Salzburg 2013, Vorarlberg 2014, Burgenland 2015, Steiermark 2015, Oberösterreich 2015, Wien 2015.

Angaben in Prozentpunkt-Differenz des Parteiergebnisses in der Untergruppe gegenüber dem Gesamtergebnis. Positive Werte zeigen einen Überhang an Frauenstimmen, negative Werte einen Überhang an Männerstimmen.

Quelle: ISA/SORA (2009–2014), ISA/SORA (2015).

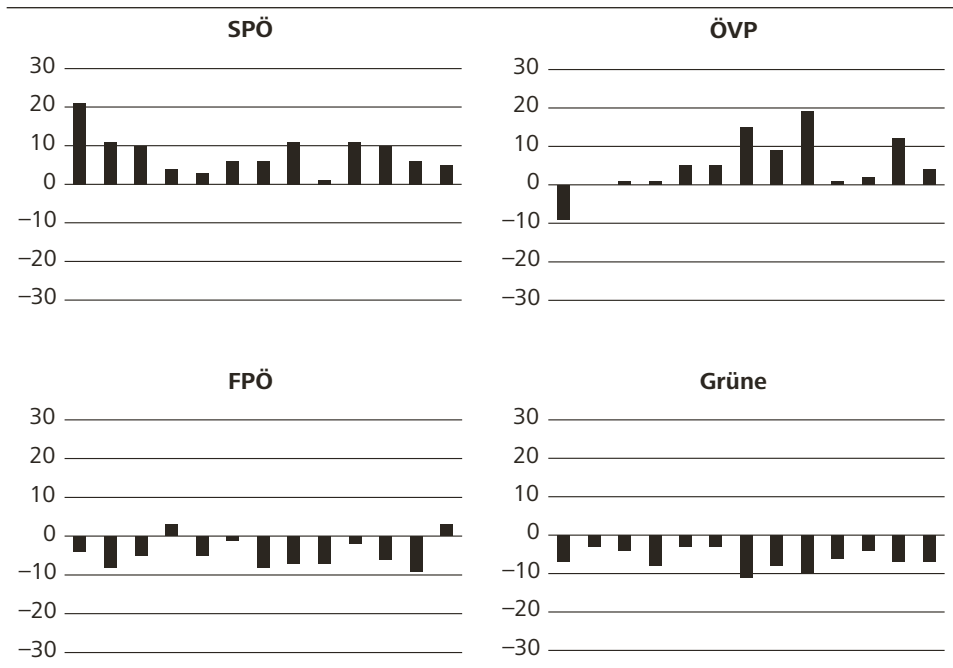
Zur Auswertung des Wahlverhaltens nach Altersgruppen wird stellvertretend die Gruppe der WählerInnen über 60 Jahren herangezogen, auch da diese deutlich größer ist als jene der unter 30-Jährigen (Filzmaier/ Perlot/ Zandonella 2011, 116). Hier lässt

sich eine Zweiteilung zwischen SPÖ und ÖVP auf der einen und FPÖ und Grünen auf der anderen Seite treffen (siehe Abb. 3).

Insbesondere die SPÖ kann durchgehend auf mehr Unterstützung durch ältere Personen bauen. Bei der ÖVP ist dies in rund der Hälfte der ausgewerteten Wahlen ebenso der Fall, der Trend ist aber weniger eindeutig. Mit Ausnahme von Oberösterreich 2009, wo die Partei überdurchschnittlich stark von Stimmen der 30–59-Jährigen profitierte, liegen die Ergebnisse in der ältesten WählerInnenschicht aber zumindest im Schnitt oder darüber.

FPÖ und Grüne punkten bei WählerInnen über 60 Jahren nur unterdurchschnittlich, speziell bei den Grünen ist ein Defizit evident, schrammen sie doch teilweise an der Grenze des Messbaren entlang. Bei der FPÖ sind zwei Ausreißer auffallend, die beide Male die Wiener Gemeinderatswahl betreffen: Sowohl 2010 als auch 2015 konnte die Partei hier ihre Schwäche bei älteren WählerInnen durchbrechen, in Kärnten 2013 und im Burgenland 2015 war die Abweichung ebenfalls vergleichsweise gering.

Abbildung 3: Wahlverhalten der über 60-Jährigen 2009–2015



Anmerkungen:

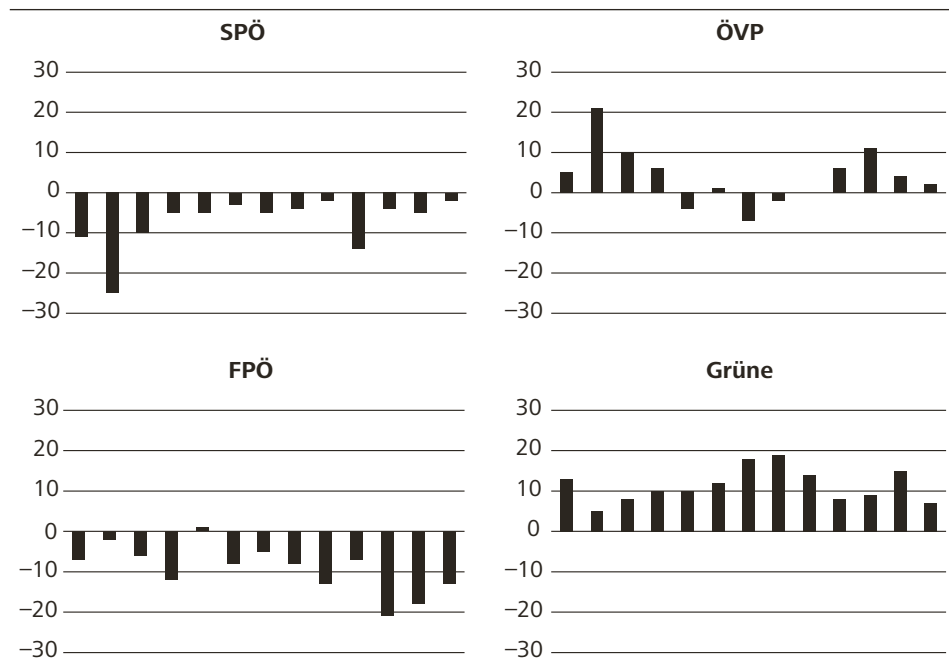
Angaben in Prozentpunkt-Differenz des Parteiergebnisses in der Untergruppe gegenüber dem Gesamtergebnis. Positive Werte zeigen einen Überhang an Stimmen bei WählerInnen über 60 Jahren. Reihung siehe Abb. 2.

Quelle: ISA/SORA (2009–2014), ISA/SORA (2015).

Auch anhand der formalen Bildung – wiederum getrennt in ein Ausbildungsniveau bis zur Matura sowie in Matura und höhere Ausbildungen – lassen sich die Parteien in zwei Gruppen einteilen. SPÖ und FPÖ haben demnach bei fast allen Landtagswahlen seit 2009 mehr Stimmen von Personen mit formal niedriger Bildung erhalten. Bei der SPÖ sticht vor allem das Burgenland 2010 und 2015 heraus, den vergleichsweise großen Überhang in dieser WählerInnengruppe in Oberösterreich 2009 und der Steiermark 2010 konnte die Partei hingegen 2015 nur mehr eingeschränkt wiederholen. Bei diesen Wahlen fällt der starke Ausschlag bei der FPÖ auf, was die These nahelegt, dass es hier zu einer Abwanderung von der SPÖ zur FPÖ gekommen ist. Grundsätzlich scheint der Zuspruch zur FPÖ bei Personen ohne Matura im Zeitverlauf zuzunehmen.

Die WählerInnenschaft der ÖVP verfügt in der Mehrheit der Fälle über eine formal höhere Bildung, wenngleich die Einteilung bei ihr am unklarsten ist. Insbesondere bei den Wahlen 2013 weist sie eine ausgeglichene oder sogar negative Bilanz in der Bildungskategorie auf. Die Grünen haben konstant einen Überhang an Personen mit formal höherer Bildung, die Abweichungen waren in allen Fällen signifikant.

Abbildung 4: Wahlverhalten nach formaler Bildung 2009–2015



Anmerkungen:

Anmerkungen: Angaben in Prozentpunkt-Differenz des Parteiergebnisses in der Untergruppe gegenüber dem Gesamtergebnis. Positive Werte zeigen einen Überhang an Stimmen bei WählerInnen mit formal höherer Bildung (Matura und höher). Reihung siehe Abb. 2.

Quelle: ISA/SORA (2009–2014), ISA/SORA (2015).

Zusammenfassend folgten die Landtagswahlen 2015 in den Kategorien geschlechter-, alters- und bildungsspezifisches Wahlverhalten trotz einzelner Ausnahmen den längerfristigen Trends. Alter und Bildung teilen dabei das Parteienspektrum jeweils in zwei relativ klare Gruppen, das Geschlecht trennt die Parteien weniger eindeutig.

4. WählerInnenströme

Anhand des Pedersen-Index konnte bereits gezeigt werden, dass die Landtagswahlen 2015 von einer hohen WählerInnendynamik geprägt waren (siehe Kap. 2). Die Wählerstromanalysen erlauben an dieser Stelle einen detaillierten Blick auf diese Dynamik: Sie geben zum einen Auskunft darüber, wie viele WählerInnen ihrer Partei treu geblieben sind bzw. wie viele bei der aktuellen Wahl eine andere Partei gewählt haben. Darüber hinaus zeigen sie, woher neu antretende Parteien ihre Stimmen bekommen haben und wie sich der Austausch zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen gestaltet hat. Die hier verwendeten SORA-Wählerstromanalysen basieren auf den tatsächlichen, aggregierten Wahlergebnissen von Sprengeln, Gemeinden und Bezirken. Aus den statistischen Zusammenhängen auf diesen Ebenen wird mittels multipler Regressionen auf das Verhalten der WählerInnen insgesamt geschlossen.

Die Behalteraten – also der Anteil jener WählerInnen, die bei der letzten und bei der aktuellen Wahl dieselbe Partei gewählt haben –, zeigen, dass über alle vier Wahlen hinweg die FPÖ die treuesten WählerInnen hatte: Durchschnittlich 80 Prozent ihrer WählerInnen aus den Jahren 2009 und 2010 haben sie auch im Jahr 2015 gewählt. Besonders hoch war die Behalterate dabei in Wien (88 Prozent), aber auch der relativ niedrigste Wert der FPÖ in der Steiermark mit 73 Prozent lag noch vor den anderen steirischen Parteien.

Die insgesamt geringste Behalterate hatten 2015 die Grünen: Sie konnten durchschnittlich nur 57 Prozent ihrer ehemaligen WählerInnen auch 2015 wieder von sich überzeugen. Besonders gering fiel die Behalterate der Grünen mit 42 Prozent in der Steiermark aus. Demgegenüber lag sie in Wien und Oberösterreich – jenen beiden

Tabelle 6: Behalteraten pro Partei und Wahl (Anteile in Prozent)

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Durchschnitt Wahl
Burgenland	78	75	77	54	71
Steiermark	61	59	73	42	59
Oberösterreich	65	69	83	69	72
Wien	78	55	88	63	71
Durchschnitt Partei	71	65	80	57	

Anmerkung: Angaben in Prozent jener WählerInnen, die bei der jeweils letzten Wahl und bei der Wahl 2015 dieselbe Partei gewählt haben.

Quellen: SORA (2015a)/(2015b)/(2015c)/(2015d).

Bundesländern, in denen die Grünen als Koalitionspartnerin in den Landesregierungen vertreten waren – wesentlich höher.

Der Vergleich der vier Landtagswahlen untereinander legt die hohe Instabilität in der WählerInnenschaft für die Steiermark offen: Mit 41 Prozent haben sich rund vier von zehn WählerInnen im Jahr 2015 für eine andere Partei entschieden als 2010. In den anderen drei Bundesländern liegt dieser Wert bei 28 Prozent bzw. 29 Prozent.

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit den WählerInnenwanderungen bei den vier Landtagswahlen. Um ein überschaubares Bild zu zeichnen, fokussiert der Text dabei auf die größten WählerInnenströme pro Partei, einen Gesamtüberblick bieten die für jede Wahl dargestellten Tabellen.

Im Burgenland konnte die den Landeshauptmann stellende SPÖ 78 Prozent ihrer WählerInnen von 2010 auch bei der Wahl 2015 wieder von sich überzeugen. Ihren größten Verlust verzeichnete die SPÖ in Richtung NichtwählerInnen: Rund 8.000 und damit neun Prozent ihrer WählerInnen von 2010 gingen 2015 nicht zur Wahl. Am stärksten dazugewinnen konnte sie von der ÖVP: 3.000 ehemalige ÖVP-WählerInnen entschieden sich 2015 für die SPÖ.

Die ehemalige Koalitionspartnerin ÖVP verlor mit 5.000 Stimmen acht Prozent – und damit die größte Gruppe ihrer WählerInnen von 2010 – an die FPÖ. Gewinnen konnte sie mit 2.000 Stimmen vor allem ehemalige SPÖ-WählerInnen. Insgesamt haben rund 75 Prozent ihrer WählerInnen von 2010 auch bei der Wahl 2015 wieder ÖVP gewählt.

Mit 77 Prozent verzeichnet die FPÖ eine ebenfalls hohe Behalterate. Dennoch verlor sie jede/n zehnte/n ihrer WählerInnen von 2010 an die NichtwählerInnen. Gewinnen konnte sie jeweils 5.000 Stimmen von SPÖ- und ÖVP-WählerInnen.

Die Grünen konnten mit 54 Prozent nur etwas mehr als die Hälfte ihrer WählerInnen von 2010 wieder von sich überzeugen. Sie verloren jeweils rund 1.000 Stimmen an die SPÖ, die ÖVP und die NEOS. Weitere 1.000 Grün-WählerInnen von 2010 nahmen 2015 nicht an der Wahl teil. Im Gegenzug konnten die Grünen zahlreiche ehemalige ÖVP-, SPÖ- und NichtwählerInnen für sich gewinnen.

Tabelle 7: Wählerstromanalyse Burgenland (Angaben absolut in 1.000 Stimmen)

	SP15	VP15	FP15	GR15	LB15	NE15	CP15	NW15	Gesamt
SP10	72	2	5	2	1	1	0	8	91
VP10	3	49	5	3	1	1	0	3	65
FP10	1	0	13	1	0	0	0	2	17
GR10	1	1	0	4	0	1	0	1	8
BLB10	1	0	0	0	5	0	0	1	8
NW10	2	1	4	2	1	1	0	50	62
Gesamt	78	54	28	12	9	4	1	65	251

Anmerkungen: WählerInnenwanderungen von der Landtagswahl 2010 zur Landtagswahl 2015 im Burgenland. CP = Christliche Partei.

Quelle: SORA (2015a).

In der bis zur Wahl 2015 ebenso rot-schwarz regierten Steiermark konnten die beiden Koalitionsparteien einen weitaus geringeren Anteil ihrer WählerInnen von 2010 wieder von sich überzeugen: Die Behalterate der SPÖ lag bei 61 Prozent, jene der ÖVP bei 59 Prozent. Die SPÖ verzeichnete ihre größten Verluste an die NichtwählerInnen: 36.000 bzw. 14 Prozent ihrer WählerInnen von 2010 blieben 2015 der Wahl fern. Mit 31.000 Stimmen verlor die SPÖ darüber hinaus zwölf Prozent ihrer ehemaligen WählerInnen an die FPÖ. Für sich gewinnen konnte sie mit 16.000 Stimmen vor allem ehemalige NichtwählerInnen.

Die ÖVP verlor mit 56.000 Stimmen nahezu jede/n vierte/n ihrer WählerInnen von 2010 an die FPÖ. Dazugewinnen konnte sie mit rund 16.000 Stimmen vor allem von der SPÖ.

Als große Gewinnerin der steirischen Landtagswahl 2015 konnte die FPÖ nicht nur 73 Prozent ihrer WählerInnen von 2010 wieder von sich überzeugen. Die zahlreichen Stimmen, die sie von ehemaligen ÖVP- und SPÖ-WählerInnen erhielt, machen die Hälfte ihrer Stimmen von 2015 aus.

Die steirischen Grünen verzeichneten die geringste Behalterate im Wahljahr 2015: Nur 42 Prozent ihrer WählerInnen von 2010 entschieden sich auch diesmal wieder für sie. Ihre WählerInnen verloren sie dabei vor allem an die ÖVP (mit 8.000 Stimmen nahezu jede/n Vierte/n) und an die SPÖ (6.000 Stimmen).

Tabelle 8: Wählerstromanalyse Steiermark (Angaben absolut in 1.000 Stimmen)

	SP15	VP15	FP15	GR15	KP15	NE15	SO15	NW15	Gesamt
SP10	154	16	31	4	6	3	3	36	254
VP10	5	145	56	7	2	5	4	23	247
FP10	3	3	52	3	1	1	1	7	71
GR10	6	8	0	15	1	2	1	3	37
KP10	1	2	6	4	10	1	1	4	29
SO10	2	3	13	1	1	0	1	5	26
NW10	16	8	16	10	6	5	2	239	301
Gesamt	188	186	174	44	27	17	13	316	965

Anmerkungen: WählerInnenwanderungen im Vergleich der Landtagswahl 2010 mit der Landtagswahl 2015 in der Steiermark. SO = Sonstige.

Quelle: SORA (2015b).

In Oberösterreich konnte die ÖVP als Partei des Landeshauptmanns sieben von zehn ihrer WählerInnen von 2009 auch 2015 wieder von sich überzeugen. Ihre größten Verluste gingen mit 84.000 Stimmen – dies entspricht 21 Prozent ihrer WählerInnen von 2009 – in Richtung FPÖ. Im Gegenzug erzielte die ÖVP zwar ihren stärksten Zugewinn von ehemaligen FPÖ-WählerInnen, im Vergleich zu den Verlusten handelt es sich dabei jedoch um nur 13.000 Stimmen.

Die Behalterate der SPÖ lag in Oberösterreich bei 65 Prozent, womit sich zwei Drittel ihrer WählerInnen von 2009 im Jahr 2015 wieder für diese Partei entschieden.

Ihre größten Verluste musste die SPÖ in Richtung FPÖ und NichtwählerInnen (jeweils rund zehn Prozent) verbuchen. Sie gewann zwar aus beiden Gruppen Stimmen (6.000 bzw. 7.000 Stimmen), der Saldo blieb jedoch negativ.

Die FPÖ verzeichnete mit 83 Prozent die höchste Behalterate in Oberösterreich. Sie verlor zwar 13.000 – und damit zehn Prozent ihrer Stimmen von 2009 – an die ÖVP, im Gegenzug überzeugte sie jedoch 84.000 ehemalige ÖVP-WählerInnen von sich. Damit ist jede dritte FPÖ-Stimme von 2015 eine ÖVP-Stimme von 2009. Auch die Grünen erzielten in Oberösterreich mit 69 Prozent ihre höchste Behalterate. Mit 9.000 Stimmen bzw. zwölf Prozent verloren sie den größten Anteil ihrer WählerInnen von 2009 an die NEOS. Als höchsten Zugewinn konnten sie 15.000 Stimmen von der SPÖ verbuchen.

Tabelle 9: Wählerstromanalyse Oberösterreich (Angaben absolut in 1.000 Stimmen)

	VP15	SP15	FP15	GR15	NE15	SO15	NW15	Gesamt
VP09	276	3	84	8	8	2	19	400
SP09	7	139	24	15	4	2	22	213
FP09	13	6	109	1	1	0	1	131
GR09	6	3	1	54	9	1	4	78
BZ09	3	1	17	2	1	0	0	24
SO09	1	1	1	2	1	2	1	9
NW09	9	7	28	7	6	3	178	238
Gesamt	316	160	264	90	30	10	225	1.094

Anmerkungen: WählerInnenwanderungen von der Landtagswahl 2009 zur Landtagswahl 2015 in Oberösterreich. SO = Sonstige.

Quelle: SORA (2015c).

In Wien konnte die SPÖ 78 Prozent ihrer WählerInnen von 2010 halten. Mit 31.000 Stimmen verlor sie den größten Anteil ehemaliger WählerInnen (knapp zehn Prozent) an die FPÖ. Während rund 25.000 SPÖ-WählerInnen von 2010 diesmal nicht an der Wahl teilnahmen, entschieden sich 26.000 ehemalige NichtwählerInnen dazu, diesmal die SPÖ zu wählen. Weitere 19.000 Stimmen erhielt die SPÖ von ehemaligen Grün-WählerInnen.

88 Prozent der FPÖ-WählerInnen von 2010 blieben ihr in Wien auch 2015 treu. Den höchsten Verlust verzeichnete sie mit 11.000 Stimmen (sechs Prozent ihrer Stimmen von 2010) an die SPÖ, die umgekehrt 36.000 gewonnenen Stimmen von der SPÖ glichen dies jedoch mehr als aus. Darüber hinaus konnte die FPÖ 30.000 Stimmen von ehemaligen NichtwählerInnen für sich mobilisieren. Die Wiener ÖVP überzeugte nur etwas mehr als die Hälfte ihrer WählerInnen (55 Prozent) von 2010 wieder von sich. Mit 22.000 Stimmen verlor sie jede/n fünfte/n ihrer ehemaligen WählerInnen an die NEOS, weitere 15.000 an die SPÖ.

Die Grünen verloren rund 20 Prozent ihrer WählerInnen von 2010 an die SPÖ (19.000 Stimmen). Mit 25.000 Stimmen konnten sie aber, neben der FPÖ und der SPÖ,

auch eine beträchtliche Anzahl früherer NichtwählerInnen mobilisieren, jede/r vierte Grün-WählerIn von 2015 war ein/e NichtwählerIn von 2010. Die neu in den Wiener Landtag bzw. Gemeinderat eingezogenen NEOS erhielten ihre Stimmen vor allem von ehemaligen ÖVP-WählerInnen (22.000), weitere jeweils rund 10.000 Stimmen kamen von ehemaligen Grün- und NichtwählerInnen.

Tabelle 10: Wählerstromanalyse Wien (Angaben absolut in 1.000 Stimmen)

	SP15	FP15	VP15	GR15	NE15	SO15	NW15	Gesamt
SP10	262	31	3	6	4	5	25	335
FP10	11	171	4	1	3	2	3	195
VP10	7	15	58	2	22	1	1	106
GR10	19	1	2	61	10	1	1	95
SO10	5	8	2	4	3	3	1	25
NW10	26	30	8	25	10	9	280	388
Gesamt	330	256	77	99	51	20	310	1.143

Anmerkungen: WählerInnenwanderungen von der Landtagswahl 2010 zur Landtagswahl 2015 in Wien.
SO = Sonstige.

Quelle: SORA (2015d).

Aus der Zusammenschau aller vier Wahlen wird ersichtlich, dass SPÖ und ÖVP ihre WählerInnen vor allem an die FPÖ verloren, was mit den Ergebnistrends übereinstimmt. Darüber hinaus gingen zahlreiche frühere WählerInnen beider Parteien 2015 nicht zur Wahl. Für FPÖ und Grüne unterscheiden sich die WählerInnenströme zwischen den Frühjahrswahlen und den Herbstwahlen: Während relativ viele ehemalige FPÖ-WählerInnen im Burgenland und in der Steiermark der Wahl fernblieben, entschieden sie sich in Oberösterreich häufiger dafür, ihre Stimme diesmal der ÖVP oder der SPÖ zu geben. Auch in Wien verlor die FPÖ allen voran an die SPÖ. Ehemalige Grün-WählerInnen wanderten im Burgenland und in der Steiermark vor allem zur SPÖ oder zur ÖVP. Demgegenüber entschieden sie sich in Oberösterreich allen voran für NEOS und ÖVP, in Wien für SPÖ und NEOS. Über alle vier Wahlen hinweg betrachtet hat das Antreten der NEOS vor allem die Grünen Stimmen gekostet, in Wien in relevantem Ausmaß auch die ÖVP.

Entsprechend der gestiegenen Wahlbeteiligung konnten bei den beiden Herbstwahlen in Oberösterreich und Wien wesentlich mehr ehemalige NichtwählerInnen mobilisiert werden als im Burgenland und in der Steiermark. In Wien entschieden sich sogar 38 Prozent der NichtwählerInnen von 2010, diesmal an der Wahl teilzunehmen. Die Stimmen der NichtwählerInnen erhielt in Oberösterreich allen voran die FPÖ, in Wien gingen sie neben der FPÖ auch an die SPÖ und die Grünen.

5. Wahlmotive

Auch die Wahlmotive zeigen die unterschiedlichen politischen Voraussetzungen der Frühjahrs- und Herbstwahlen (siehe Tab. 11): War die Glaubwürdigkeit bei der Kontrolle von Missständen v. a. für FPÖ- und Grün-WählerInnen im Burgenland und in der Steiermark ein zentrales Wahlmotiv, waren die Kompetenzen und Vorschläge im Umgang mit den Flüchtlingen ein wichtiges Entscheidungskriterium in Oberösterreich und Wien.

Bundesländerübergreifend konnten sowohl SPÖ als auch ÖVP allen voran mit ihren amtierenden und wieder antretenden Landeshauptmännern überzeugen, sie gehörten zu den meistgenannten Wahlmotiven. Von den anderen KandidatInnen erreichte nur Heinz-Christian Strache (FPÖ) in Wien ähnliche Werte, die dort sogar knapp über jenen von Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) lagen. Das Gegenteil gilt für die jeweiligen StellvertreterInnen: So war Maria Vassilakou (Grüne) als Wiener Vizebürgermeisterin kein dominierendes Wahlmotiv für die Grünen, nur 67 Prozent nannten sie, was etwa dem Wert des ÖVP- und der NEOS-Spitzenkandidatin entsprach.

Parteien in Regierungsverantwortung punkteten bei ihren WählerInnen über alle vier Wahlen hinweg auch mit ihrer bisherigen Arbeit. Demgegenüber standen bei den WählerInnen von Oppositionsparteien die besten Vorschläge für die Zukunft des jeweiligen Bundeslandes im Vordergrund. Für FPÖ- und Grün-WählerInnen im Burgenland und in Oberösterreich erwies sich darüber hinaus die Glaubwürdigkeit bei der Kontrolle von Missständen als entscheidendes Wahlmotiv. In Oberösterreich und Wien war zudem der Umgang mit den Flüchtlingen besonders entscheidend.

Neben diesen Trends unterschieden sich die Wahlmotive pro Partei und Bundesland: Im Burgenland meinten etwa drei Viertel der SPÖ-WählerInnen, dass ihre Partei die besten Vorschläge für die Zukunft des Bundeslandes habe. War der Wert in der Steiermark noch ähnlich hoch, lag er in Oberösterreich und Wien bei jeweils rund 90 Prozent. Auch bei der ÖVP variierte die Zustimmung zu diesem Motiv zwischen 73 (Burgenland), 80 (Steiermark, Wien) und 98 Prozent (Oberösterreich), eine noch größere Bandbreite gab es bei der FPÖ (zwischen 63 Prozent im Burgenland und 93 Prozent in Oberösterreich). Die Parteien konnten demnach je nach regionaler Rolle und Stärke ihre WählerInnen unterschiedlich gut von ihren Vorhaben bzw. ihrem Angebot überzeugen.

Tabelle 11: Wahlmotive pro Bundesland und Partei (Anteile in Prozent)

		Prozent				
		SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	NEOS*
Bgld	Beste/r SpitzenkandidatIn	90	71	60	54	
	Bisher beste Arbeit	87	65	44	32	
	Beste Vorschläge Zukunft	77	73	63	82	
	Höchste Glaubwürdigkeit bei Kontrolle von Missständen	47	51	81	89	
Stmk	Beste/r SpitzenkandidatIn	91	77	73	68	
	Bisher beste Arbeit	84	82	64	62	
	Beste Vorschläge Zukunft	76	80	83	80	
	Höchste Glaubwürdigkeit bei Kontrolle von Missständen	57	55	76	82	
OÖ	Beste/r SpitzenkandidatIn	73	99	81	67	
	Bisher beste Arbeit	82	98	77	88	
	Beste Vorschläge Zukunft	93	98	93	93	
	Beste Kompetenzen um Flüchtlingssituation zu meistern	80	94	96	81	
	Beste Konzepte für Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen	87	89	91	86	
Wien	Beste/r SpitzenkandidatIn	91	64	94	67	66
	Bisher beste Arbeit	93	54	68	69	31
	Beste Vorschläge Zukunft	87	80	90	86	87
	Beste Vorschläge zum Thema Flüchtlinge	81	68	92	73	37

Anmerkungen: * Die Wahlmotive der NEOS-WählerInnen werden aufgrund der geringen Fallzahlen in den Stichproben nur für Wien genannt.

„Welche Partei hat Ihrer Meinung nach ...“

Angaben in Prozent, spontane Parteineennung; markiert ist jeweils die höchste Zustimmung pro Motiv.

Quelle: ISA/SORA (2015).

6. Themen

Die dominierenden Themen der Landtagswahlen 2015 waren einerseits Wirtschaft und Arbeitsplätze und andererseits Zuwanderung bzw. Flüchtlinge und Asyl. Dies reflektiert die generelle Themenlandschaft in Österreich, die in diesem Jahr von den Entwicklungen am Arbeitsmarkt und dem Zustrom an Flüchtlingen geprägt wurde. Weitere wichtige Themen waren Sicherheit und Kriminalität und die Kosten des täglichen Lebens. Die Reformpartnerschaft in der Steiermark stand hingegen nicht im Mittelpunkt (siehe Kap. 6.2).

Was neben der reinen Rangreihung auffällt, ist der große zahlenmäßige Abstand zwischen den meistdiskutierten Themen im Frühjahr und im Herbst. Stellten im Burgenland und in der Steiermark 39 bzw. 31 Prozent die höchste Zustimmung zum meistdiskutierten Thema Wirtschaft und Arbeitsplätze dar, stiegen diese Werte im Herbst auf 61 bzw. 65 Prozent für Flüchtlinge und Asyl. Zuwanderung und Integration

lagen auf den Ranglisten im Burgenland und in der Steiermark ebenfalls ganz vorne, beschäftigten aber Ende Mai die WählerInnen nach eigenen Angaben deutlich weniger intensiv als im September und Oktober. Der Anstieg der Werte ist nicht allein auf die (im Fragebogen) geänderte Formulierung zu »Flüchtlinge und Asyl« zurückzuführen, die ein Versuch war, die öffentliche Debatte und deren Begriffe besser abzubilden, sondern ist wohl eine Konsequenz der Entwicklung des Flüchtlingsthemas.

Tabelle 12: Meistdiskutierte Themen 2015 (Anteile in Prozent für „sehr diskutiert“)

	Burgen- land	Steier- mark	Ober- österreich	Wien
Sicherheit und Kriminalität	37	23	35	33
Umweltschutz	19	14	20	n. a.
Bildung und Schule	28	19	26	30
Verkehr	18	9	16	25
Wohnen und Mieten	17	20	21	29
Zuwanderung und Integration/Flüchtlinge und Asyl*	38	28	61	65
Wirtschaft und Arbeitsplätze	39	31	35	33
Kosten des täglichen Lebens	35	26	32	31
Gesundheit und Pflege	31	22	29	25
Beschäftigung von Ausländern**	31	n. a.	n. a.	n. a.
Reformpartnerschaft**	n.a.	20	n. a.	n. a.

Anmerkungen: * „Zuwanderung und Integration“ im Burgenland und in der Steiermark, „Flüchtlinge und Asyl“ in Oberösterreich und Wien. n. a. = nicht angetreten.

** Nur im jeweiligen Bundesland abgefragt.

„Haben Sie im Wahlkampf über folgende Themen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht diskutiert?“
Markiert sind die höchsten Werte pro Bundesland.

Quelle: ISA/ SORA (2015).

Die BurgenländerInnen beschäftigten im Frühjahr vor allem die Themen Wirtschaft und Arbeitsplätze (39 Prozent diskutierten dies im Laufe des Wahlkampfes sehr häufig), Zuwanderung und Integration (38 Prozent) sowie Sicherheit und Kriminalität (37 Prozent). Auch in der Steiermark wurden die Themen Wirtschaft und Arbeitsplätze (31 Prozent) sowie Zuwanderung und Integration (28 Prozent) am häufigsten diskutiert, gefolgt von den Kosten des täglichen Lebens (26 Prozent).

Im Herbst standen in Oberösterreich Flüchtlinge und Asyl ganz oben auf der Themenliste: Während des Wahlkampfes diskutierten 61 Prozent der OberösterreicherInnen dieses Thema sehr häufig. Weit abgeschlagen folgten die Themen Wirtschaft und Arbeitsplätze sowie Sicherheit und Kriminalität (jeweils 35 Prozent). Für Wien ist das Bild gleich: Zwei Drittel der WienerInnen diskutierten im Laufe des Wahlkampfes sehr häufig über Flüchtlinge und Asyl, jeweils ein Drittel über Wirtschaft und Arbeitsplätze bzw. Sicherheit und Kriminalität. Auch die OberösterreicherInnen und WienerInnen beschäftigten somit die Themen Wirtschaft und Arbeitsplätze sowie Sicherheit

und Kriminalität – sogar in sehr ähnlichem Ausmaß wie dies im Burgenland und in der Steiermark ein paar Monate davor der Fall gewesen war. Diese Themen wurden jedoch von der aktuellen Flüchtlingssituation überlagert.

Ein Blick auf die WählerInnen der einzelnen Parteien zeigt bundesländerübergreifend noch zwei Besonderheiten: Entsprechend ihrer Altersstruktur diskutierten SPÖ- und ÖVP-WählerInnen das Thema Gesundheit und Pflege häufiger als dies bei den WählerInnen anderer Parteien der Fall war. Bei den Grün-WählerInnen war wiederum, durchaus erwartungsgemäß, der Umweltschutz ein im Vergleich zu den WählerInnen der anderen Parteien besonders häufig besprochenes Thema. Darüber hinaus diskutierten die Grün-WählerInnen auch häufiger über Schule und Bildung.

6.1 Flüchtlingsthema und Wahlentscheidung

Bis 2015 war das Thema Zuwanderung und Integration vor allem den FPÖ-WählerInnen wichtig (z. B. Filzmaier/ Perlot/ Zandonella 2014), auch bei den Wahlen im Frühjahr 2015 im Burgenland und in der Steiermark diskutierten überwiegend nur FPÖ-WählerInnen darüber intensiv. Die Ausdehnung der Flüchtlingswanderungen auf Europa und Österreich führte jedoch dazu, dass bei den Wahlen im Herbst Flüchtlinge und Asyl das bestimmende Diskussionsthema der WählerInnen sämtlicher Parteien wurde.

Der Frage nach den Auswirkungen des Themas auf die Wahlergebnisse kann man sich über mehrere Zugänge annähern. Eine vereinfachende These lautet, dass die FPÖ davon stärker profitieren konnte, da sie das Thema schon jahrelang besetzt (was sich auch in ihrer WählerInnenschaft zeigt, s. o.; vgl. u. a. Der Standard 2015a, 20. 9. 2015). Für Oberösterreich lagen zum Zeitpunkt der Landtagswahl aktuelle Daten über das Vorhandensein von asylsuchenden Menschen für jede Gemeinde vor. Damit lässt sich das Ergebnis sowohl der Landtags- als auch der Gemeinderatswahl ergänzen und jeweils ein Mittelwert pro Partei in Gemeinden mit und ohne AsylwerberInnen ausweisen (siehe Tab. 13).

Tabelle 13: Mittelwerte der oberösterreichischen Parteiergebnisse in Gemeinden mit und ohne AsylwerberInnen (Anteile in Prozent, arithmetisches Mittel)

		ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne
Landtagswahl	Keine AsylwerberInnen in Gemeinde	41,4	14,2	32,1	8,4
	AsylwerberInnen in Gemeinde	39,2	16,8	30,0	9,6
Gemeinderatswahl	Keine AsylwerberInnen in Gemeinde	52,7	21,9	20,4	2,4
	AsylwerberInnen in Gemeinde	45,7	26,1	20,4	4,8

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Wahlergebnisse pro Gemeinde.

In der Auswertung der Landtagswahl fällt auf, dass generell nur geringe Unterschiede zwischen den Stimmanteilen bestehen, wobei ÖVP und FPÖ in Gemeinden ohne AsylwerberInnen etwas besser abschnitten, SPÖ und Grüne hingegen in Gemeinden mit AsylwerberInnen leicht besser lagen. Bei der Gemeinderatswahl gehen

die Unterschiede bei ÖVP und SPÖ in die gleiche Richtung, sind aber etwas größer, das gilt auch für die Grünen. Bei der FPÖ gibt es hingegen keine Abweichungen.

Die These starker FPÖ-Gewinne lässt sich rein auf Basis dieser Resultate nicht halten. Vielmehr ist etwa der Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und Wahlergebnis stärker, und dieser wirkt sich in weiterer Folge auf die Analyse anhand der Variablen »AsylwerberInnen« aus – zumal größere Gemeinden und Städte eher Flüchtlinge aufgenommen haben. Das führt im Übrigen auch zu den entsprechenden Abweichungen bei den Grünen, die im urbanen Raum tendenziell besser abgeschnitten haben.

Die Wahltagsbefragung kann ebenfalls mit den Asyldaten ergänzt werden. Bereits die eindimensionale Teilung Oberösterreichs in Gemeinden mit und ohne AsylwerberInnen zeigt auch hier nur kleine Unterschiede im Wahlverhalten, welche statistisch nicht signifikant sind.

Wird diese Betrachtung ausgeweitet und werden zusätzliche Faktoren – Urbanität, Bildung, Geschlecht, Alter – in die Analyse miteinbezogen, erweist sich jede dieser vier Variablen als besserer Prädiktor für das Wahlverhalten als das Vorhandensein von Asylsuchenden in der Wohngemeinde. Ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein von Flüchtlingen in einer Gemeinde und dem Wahlverhalten ist demnach nicht vorhanden.

Gleichzeitig haben das Thema an sich und der politische Umgang damit die WählerInnenschaft gespalten. In Oberösterreich und Wien wurden die WählerInnen nach ihren Gefühlen im Hinblick auf den Umgang der Politik mit der Aufnahme bzw. Integration von Flüchtlingen gefragt. In beiden Fällen meinte rund ein Viertel, dass man Zuversicht habe, dass die Politik dieser Herausforderung gewachsen sei. Rund die Hälfte äußerte sich besorgt, knapp jede/r Fünfte offen verärgert.

Nach ParteiwählerInnen waren vor allem die FPÖ-AnhängerInnen deutlich verärgelter und zeigten nur sehr wenig Zuversicht (siehe Tab. 14). In Wien brachten WählerInnen der regierenden SPÖ und Grünen diesen Parteien eine positivere Einstellung entgegen als in Oberösterreich der dort regierenden ÖVP.

Tabelle 14: Gefühle hinsichtlich der Bewältigung der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (Anteile in Prozent der jeweiligen ParteiwählerInnen)

	Zuversicht	Sorge	Ärger
Gesamt Wien	28	48	19
Gesamt OÖ	26	53	17
SPÖ Wien	45	42	7
SPÖ OÖ	35	57	5
ÖVP Wien	26	54	17
ÖVP OÖ	33	58	5
FPÖ Wien	6	49	43
FPÖ OÖ	7	47	44
Grüne Wien	53	36	9
Grüne OÖ	45	47	4

Anmerkungen:

Frageversion Wien: „Welches Gefühl haben Sie in Bezug darauf, dass die Politik den folgenden Themen gewachsen ist? Zuversicht, Sorge oder Ärger? – die Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zu bewältigen.“

Frageversion Oberösterreich: „Welches Gefühl haben Sie in Bezug darauf, dass die Politik den folgenden Herausforderungen gewachsen ist? Zuversicht, Sorge oder Ärger? – die Herausforderung bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen zu bewältigen.“

Rest auf 100 = keines davon und keine Angabe.

Quelle: ISA/SORA (2015).

Das konkrete Wahlverhalten in Abhängigkeit der geäußerten Gefühle fällt wenig überraschend aus: Unter den Verärgerten hätte die FPÖ rund 70 (Wien) bis 80 Prozent (Oberösterreich) Zustimmung erhalten, die jeweiligen Regierungsparteien erhielten mehr Unterstützung von den Zuversichtlichen. Die relativ größte Gruppe der Besorgten orientierte sich in Wien etwas stärker in Richtung FPÖ (33 Prozent), in Oberösterreich hingegen zur ÖVP.

Insgesamt war der Einfluss des Flüchtlingsthemas auf die Stimmungslage rund um die Wahlen somit vermutlich größer, als die direkte persönliche Konfrontation damit eine Rolle spielte. Dieses Thema wirkte sich allein dahingehend aus, dass es durch seine öffentliche Dominanz andere Themen in den Hintergrund drängte oder ganz verdeckte.

6.2 Die Reformpartnerschaft in der Steiermark

Die de-facto-Koalition aus SPÖ und ÖVP nach der Wahl 2010 hatte sich vergleichsweise schnell darauf verständigt, einen nach außen kooperativen Kurs zu verfolgen und gleichzeitig mehrere Strukturänderungen in der Steiermark vorzunehmen. Diese selbst betitelte Reformpartnerschaft wurde als ein wesentliches Thema der Landtagswahl 2015 gesehen. Folgt man dieser Annahme, dann stellt sich die Frage, ob SPÖ und ÖVP ihre Verluste auch wegen der gesetzten Maßnahmen erlitten haben.

Anhand der Daten der Wahltagsbefragung lässt sich zunächst zeigen, dass die Schritte der Reformpartnerschaft von der Bevölkerung unterschiedlich beurteilt wurden. Abseits der öffentlich stark diskutierten Gemeindefusionen

beinhaltete die Reformpartnerschaft etwa die Verkleinerung des Landtages auf 48 Mitglieder, die Abschaffung des Proporz in der Landesregierung und die Zusammenlegung von Bezirken, vor allem aber auch Einsparungen im Sozialbereich, die Abschaffung des Gratiskindergartens und die Schließung von Spitalsabteilungen. Diese Schritte wurden unterschiedlich stark befürwortet bzw. abgelehnt: Reformen auf politischer und Verwaltungsebene fanden große Zustimmung (zusammen 63 Prozent), Einsparungen im Sozialbereich trafen auf Widerstand (12 Prozent »eher positiv«; siehe Tab. 15). Die Reformpartnerschaft als Ganzes beurteilten 59 Prozent positiv.

Tabelle 15: Bewertung unterschiedlicher Maßnahmen der Reformpartnerschaft
(Anteile in Prozent)

	Eher positiv	Eher negativ	Keine Angabe
Die Verkleinerung des Landtags	78	14	8
Die Abschaffung der Proporz-Regierung	70	15	15
Das Nulldefizit beim Landesbudget	63	25	12
Die Zusammenlegung von Gemeinden und Bezirken	60	30	9
Die Reformpartnerschaft insgesamt	59	29	12
Die Abschaffung des Gratiskindergartens	18	71	11
Die Einsparungen bei Sozialeinrichtungen	18	76	6
Die Schließung von Spitälern und Spitalsabteilungen	11	84	5

Anmerkungen: n = 1.202. Frageversion: „In den vergangenen Jahren hat die so genannte Reformpartnerschaft von SPÖ und ÖVP in der Steiermark unterschiedliche Maßnahmen umgesetzt. Bewerten Sie ... eher positiv oder eher negativ?“

Quelle: ISA/SORA (2015).

Die ParteiwählerInnen äußerten sich sehr unterschiedlich: Während SPÖ- und ÖVP-WählerInnen die Reformpartnerschaft zu über 80 Prozent positiv beurteilten, fand nur jede/r fünfte WählerIn der FPÖ etwas Gutes daran. Die Grün-AnhängerInnen waren gespalten und befürworteten das Maßnahmenpaket zu rund 50 Prozent.

Wertet man die Frage nach AbwanderInnen – also Personen, die bei der Landtagswahl 2010 SPÖ oder ÖVP gewählt hatten, 2015 aber nicht mehr – aus, dann zeigt sich, dass diese Personen die Maßnahmen überwiegend kritischer sahen als die verbliebenen WählerInnen. Personen, die 2015 zu SPÖ oder ÖVP wechselten, nachdem sie 2010 eine andere Partei gewählt hatten, bewerteten sie demgegenüber aber nicht wesentlich positiver.

Diese Analysen können keine Kausalität belegen, dass die Abwanderung aufgrund der Reformpartnerschaft stattgefunden hat – auch wenn die Annahme eines zumindest partiellen Einflusses plausibel erscheint. Ebenso ist die Richtung eines möglichen Zusammenhanges nicht einzuordnen: Wenn Personen 2015 nicht mehr SPÖ oder ÖVP gewählt haben, haben sie dies aufgrund der Reformpartnerschaft gemacht? Oder haben andere Parteien sie mehr angesprochen und sie sahen die gesetzten Maßnahmen deswegen kritischer?

Die Einstellungen zur Gemeindefusion lassen sich noch nach der persönlichen Betroffenheit analysieren. Dabei zeigt sich, dass der Schritt auf überwiegende Zustimmung traf. Sowohl bei der Gemeinderatswahl als auch bei der Landtagswahl bezeichneten die WählerInnen die Fusion mehrheitlich als richtigen Schritt (siehe Tab. 16). Diese Zustimmung unterschied sich nur gering zwischen fusionierten und nicht fusionierten Gemeinden.

Tabelle 16: Bewertung der Gemeindezusammenlegungen in der Steiermark
(Anteile in Prozent)

	War ein richtiger Schritt/war eher positiv	War ein falscher Schritt/war eher negativ	Keine Angabe
Gemeinderatswahl 2015	68	24	7
Landtagswahl 2015	60	30	9

Anmerkungen:

Frageversion Gemeinderatswahl: „War diese Zusammenlegung (von Gemeinden) insgesamt gesehen Ihrer Meinung nach ein richtiger oder ein falscher Schritt?“

Frageversion Landtagswahl: „In den vergangenen Jahren hat die so genannte Reformpartnerschaft von SPÖ und ÖVP in der Steiermark unterschiedliche Maßnahmen umgesetzt. Bewerten Sie ... eher positiv oder eher negativ?“

Quelle: ISA (2015), ISA/SORA (2015).

7. Fazit

Das Wahljahr 2015 hat vorhandene Trends bei Wahlen in Österreich fortgeschrieben und teilweise intensiviert. Rein vom Ergebnis her stechen die Stimmverschiebungen zwischen den Parteien sowie die teilweise Schwäche von SPÖ und ÖVP und vor allem die Stärke der FPÖ ins Auge. Letztere befindet sich in allen vier Bundesländern auf einem neuen historischen Höchststand und konnte ihre Gewinne auch in zwei Regierungsbeteiligungen transformieren.

Die FPÖ profitierte dabei in absoluten Stimmen stärker von der ÖVP, da die SPÖ im ebenfalls stimmenstarken Wien ihre Verluste besser begrenzen konnte als die ÖVP in Oberösterreich. Das Flüchtlingsthema, das im zweiten Halbjahr an Dynamik stark gewann, war eine relevante Rahmenbedingung für das Abschneiden der FPÖ – dass es jedoch zu kurz greift, die Erfolge auf diesen Aspekt zu reduzieren, zeigen deren Ergebnisse im Frühjahr. SPÖ und ÖVP hatten demnach 2015 ein grundsätzliches Problem, ihre früheren WählerInnen anzusprechen, was auch in veröffentlichten Umfragen der Sonntagsfrage zu einer (fiktiven) Nationalratswahl laufend sichtbar wurde. So nahmen die Stimmanteile von SPÖ und ÖVP in veröffentlichten Umfragen 2015 sukzessive ab (für eine Sammlung von veröffentlichten Umfragedaten vgl. ISA 2016). Darüber hinaus mobilisierten das Flüchtlingsthema bzw. der jeweilige Umgang der Parteien damit die WählerInnen sämtlicher Parteien.

Die Stimmveränderungen bei den Grünen sind einmal mehr moderat, insgesamt aber positiv ausgefallen. Das Beispiel der NEOS hat bestätigt, dass es für neue Parteien trotz Nationalratssitzen besonders schwierig ist, auf Landesebene erfolgreich zu sein.

2015 beendet den aktuellen Wahlzyklus auf Bundes- und Landesebene, 2016 stand plangemäß nur die Bundespräsidentenwahl am Programm. Die nächsten Wahlen oberhalb der Gemeindeebene finden, sollte es zu keinen Vorziehungen kommen, 2018 statt. Inwieweit das thematische Umfeld sich bis dahin geändert hat, ist aus heutiger Sicht ebenso wenig abschätzbar wie die politische Landschaft und die Situation der Parteien. Kurz- und mittelfristig scheint es aber plausibel, dass das Flüchtlingsthema weiterhin große Relevanz haben wird. Die Frage, ob sich die 2015 in diesem Zusammenhang mehrheitlich besorgten WählerInnen eher in Zuversicht oder in Ärger gegenüber der verantwortlichen Politik üben, wird dabei eine besonders wichtige Rolle spielen.

Literatur und Quellen

- Der Standard (2015a) *Flüchtlingsthema katapultiert Strache auf Platz 1*. 20. September 2015, verfügbar unter: <http://derstandard.at/2000022497300/Fluechtlingsthema-katapultiert-Strache-auf-Platz-eins>, 15. 12. 2015.
- Der Standard (2015b) *Häupl: Wien hat genügend Wohnraum für Zuwanderer*. 2. September 2015, verfügbar unter: <http://derstandard.at/2000021650316/Haeupl-Wien-hat-genuegend-Wohnraum-fuer-Zuwanderer>, 15. 12. 2015.
- Filzmaier, Peter/ Perlot, Flooh (2008) *Im Schatten des Nationalrats? Die Spannung der Landtags- und Gemeinderatswahlen 2008*. In: SWS-Rundschau, Nr. 4, 391–412.
- Filzmaier, Peter/ Perlot, Flooh/ Zandonella, Martina (2011) *Das Landtagswahljahr 2010*. In: SWS-Rundschau, Nr. 2, 121–144.
- Filzmaier, Peter/ Perlot, Flooh/ Zandonella, Martina (2014) *Das Wahljahr 2013: Wahlverhalten, Wählerwanderung und neue Parteien*. In: SWS-Rundschau, Nr. 2, 108–132.
- Filzmaier, Peter u. a. (2009) *Die Nationalratswahl 2008*. In: Filzmaier, Peter u. a. (Hg.) *Stichwort Wählen*. Wien, 13–38.
- ISA (Institut für Strategieanalysen) (2015) *Wahltagsbefragung zur steirischen Gemeinderatswahl 2015 im Auftrag des ORF*. Wien, verfügbar unter: <http://www.strategieanalysen.at/wahlen>, 15. 12. 2015.
- ISA (Institut für Strategieanalysen)/ SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2009–2014) *Wahltagsbefragungen zu den Landtagswahlen 2009–2014*, jeweils im Auftrag des ORF. Wien, verfügbar unter: <http://www.strategieanalysen.at/wahlen> bzw. <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen.html>, 15. 12. 2015.
- ISA (Institut für Strategieanalysen)/ SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2015) *Wahltagsbefragungen zu den Landtagswahlen im Burgenland, in der Steiermark, in Oberösterreich und in Wien*, jeweils im Auftrag des ORF. Wien, verfügbar unter: <http://www.strategieanalysen.at/wahlen> bzw. unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen.html>, 15. 12. 2015.
- ISA (Institut für Strategieanalysen) (2016) *Sonn-tagsfrage Österreich 2006–2016*. Wien, verfügbar unter: <http://strategieanalysen.at/umfragen/>, 23. 2. 2016.
- Kleine Zeitung (2015) *Die steirische Landtagswahl hat begonnen*. 31. Mai 2015, verfügbar unter: http://www.kleinezeitung.at/s/politik/innenpolitik/4743371/Wahlsonntag_Die-steirische-Landtagswahl-hat-begonnen?direct=4743938&v1_backlink=/s/steiermark/landespolitik/landtagswahl/4743938/index.do&selChannel=, 15. 12. 2015.
- Kritzinger, Sylvia u. a. (2013) *The Austrian Voter*. Wien.

- Kronen Zeitung (2015) *Pühringer: Flüchtlinge wieder in Heimat schicken!* 20. September 2015, verfügbar unter: http://www.krone.at/Oberoessterreich/Puehringer_Fluechtlinge_wieder_in_Heimat_schicken!-OeVP-Kritik_an_der_EU-Story-472943, 15. 12. 2015.
- Plasser, Fritz/ Seeber, Gilg (2010) *Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, News Bias und Medieneffekte*. In: Plasser, Fritz (Hg.) *Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich*. Wien, 273–312.
- Plasser, Fritz u. a. (2007) *Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen und Kandidatenorientierungen 2006*. In: Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A. (Hg.) *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*. Wien, 155–194.
- SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2015a) *Wählerstromanalyse zur Landtagswahl 2015 im Burgenland*, verfügbar unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-bgld15.html>, 5. 1. 2016.
- SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2015b) *Wählerstromanalyse zur Landtagswahl 2015 in der Steiermark*, verfügbar unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-stmk15.html>, 5. 1. 2016.
- SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2015c) *Wählerstromanalyse zur Landtagswahl 2015 in Oberösterreich*, verfügbar unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-ooe15.html>, 5. 1. 2016.
- SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2015d) *Wählerstromanalyse zur Landtagswahl 2015 in Wien*, verfügbar unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-wien15.html>, 5. 1. 2016.
- Kontakt:*
peter.filzmaier@strategieanalysen.at
flooh.perlot@strategieanalysen.at
mz@sora.at